

Antrittsvorlesung Alfred-Grosser-Gastprofessur

6. November 2017, Universität Frankfurt

„Das Frankreich im Westen - und der deutsche Blick“

Sehr geehrte, liebe Frau Prof. Roßteutscher,

Liebe Frau Lipp,

Liebe Frau Stamness

Lieber Herr Fuchs,

Liebe KollegInnen und Kollegen,

Liebe Studierende,

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre, heute hier stehen und mit dieser Vorlesung die „Alfred-Grosser-Gastprofessur 2017/18“ an der renommierten Goethe-Universität Frankfurt im Fachbereich Geistes- und Sozialwissenschaften beginnen zu dürfen. Mein Dank geht gleich im ersten Satz an den Fachbereichs 3 Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt, an die Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main, an die Deutsch-Französische Gesellschaft am Main e.V. und an alle diejenigen, die die Gastprofessur in den verschiedenen Stufen von der Entscheidung bis zur Durchführung möglich gemacht haben.



I. Vorbemerkung

Ich habe Alfred Grosser zum ersten Mal persönlich erlebt im Jahr 1986, als junge, 22-jährige Studentin an Sciences Po, genauer: dem *Institut des Sciences Politiques de Paris*, in der Rue St. Guillaume. Diese Gastprofessur hat mich natürlich dazu bewogen, fast gezwungen, möchte man sagen, sich an diese Zeit zu erinnern – an meine Zeit dort und an die Rolle von Alfred Grosser in dieser Zeit. Das Erinnern, eigentlich macht man es viel zu selten, ist dann ein wichtiger Akt, wenn die Zeitgenossenschaft heute aus dem Erinnern möglicherweise ein *Verdrängen* macht: ein Verdrängen dessen, was die deutsch-französischen Beziehungen einmal waren - und für Europa sein sollten. Ich



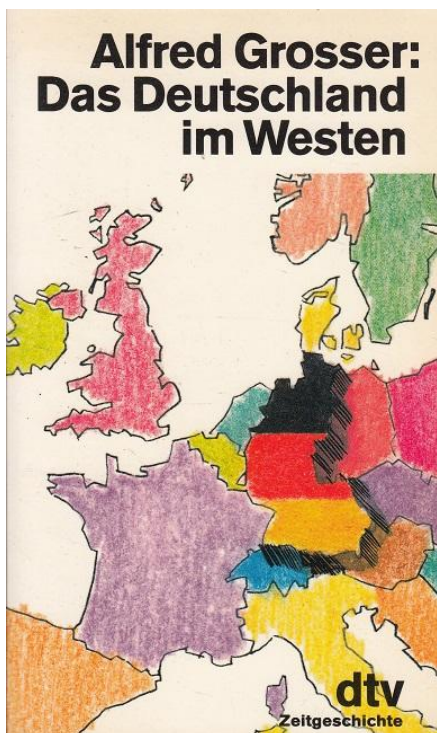
empfehle zum Topos des Verdrängen hier das Buch des ZEIT-Korrespondenten Georg Blume „*Der Frankreich-Blues - Wie Deutschland eine wichtige Freundschaft riskiert*“.¹

Erinnern wir uns also einen Moment an diese Zeit, an dieses Jahr 1986, in dem Alfred Grosser der ungekrönte „Star“

an *Sciences Po* und alle – nicht nur deutschen – Studierenden den Wunsch hatten, noch einen Platz in seinen Vorlesungen zu ergattern. Es war das Jahr der Barbie-Prozesse, dem sogenannten „Schlächter von Lyon“, der dort die Juden für die Nazis zusammengetrieben hat. Es war das Jahr der Einheitlichen Europäischen Akte, die ein konzeptioneller Vorgriff auf den Maastrichter Vertrag war, und in der schon, in einem unauffälligen Nebensatz steht, dass ein gemeinsamer Markt natürlich eine gemeinsame Währung braucht. Jacques Delors war gerade Präsident der Europäischen Kommission geworden, Mitterrand war seit 1981 französischer Präsident und regierte seit 1986 in der sogenannten „*Cohabitation*“, d.h. er hatte keine parlamentarische Mehrheit. Dennoch waren die deutsch-französischen Beziehungen auf ihrer ‚Hoch-Zeit‘. Kohl, Delors und Mitterrand bildeten ein stabiles Dreieck, unter ihrer Führung war Europa auf dem Weg in die Einigung und niemand stellte das in Frage.²



Alfred Grosser war damals so etwas – im positiven Sinne – wie der ‚Hofberichterstatter‘ dieser gemeinsamen deutsch-französischen Bewegung hinein in ein neues Kapitel Europa. Stets gut informiert, schrieb er verlässlich Buch um Buch, Artikel um Artikel, um die Deutschen über Frankreich und die Franzosen über Deutschland zu informieren. Egal, ob man den Deutschlandfunk oder France Inter anmachte, zu den deutsch-französischen Beziehungen war Grosser *die* Stimme. Sein Buch „Das Deutschland im Westen“, auf das ich mit dem Titel dieser Vorlesung anspiele, erschien in der Erstausgabe fast genau in dieser Zeit, 1985 und, heute gelesen, mutet es fast an, als müsse Grosser einem französischen Publikum einmal ausbuchstabieren, wo dieses Deutschland herkommt und wie es politisch tickt, bevor man sich mit diesem – in französischen Augen immer etwas obskurem, weil prüdem, oft schwermütigem und weitgehend spaßfreiem – Partner so ganz ohne *savoir vivre* und *légèreté de l'être* bald in eine Europäische Union begeben würde.



Akribisch erzählt Alfred Grosser also die bundesrepublikanische Geschichte von damals knapp vierzig Jahren – von den Trümmerhaufen der Nachkriegsjahre zum Aufbau der Bundesrepublik – und lässt dabei nichts aus: Verfassung, Parteiensystem, Kirchen, gesellschaftliche Träger, Gewerkschaften. Die CSU hat ein Extra-Kapitel, die Vertriebenenverbände auch, und auch die DDR wird nicht vergessen. Wer Frankreich kennt, weiß zweierlei: einmal, dass an französischen Universitäten viel auswendig gelernt wird. Und zweitens, dass sämtliche französischen Eliten, also alle Staatsbediensteten, vor der ENA meistens auf Science Po gegangen sind. Man kann also sagen: Alfred Grosser hat gut dafür gesorgt, dass diejenigen, die sich in Frankreich in den 80er Jahren, im *Elysée*, in *Matignon* oder in *Bercy*, mit Deutschland

beschäftigt haben, genau Bescheid wussten. Eine seiner ‚Schülerinnen‘ ist übrigens Sylvie Goulard, französische Europaabgeordnete, die jetzt unter Macron für kurze Zeit Verteidigungsministerin war und die fließend deutsch spricht.

Es waren andere Zeiten. Das „Deutsch-Französische“, ‚le franco-allemand‘ war eine Art ‚business‘ für sich, mit vielen Akteuren. Es gab neben Alfred Grosser den großartigen Joseph Rován, ebenfalls Jude, Auschwitz-Überlebender, der damals die Revue *Documents/ Dokumente* herausgegeben hat, eine kleine französischsprachige Zeitschrift über deutsche Angelegenheiten und eine kleine deutschsprachige Zeitschrift über französische Angelegenheiten. Übrigens habe ich mir in den 90er Jahren in *Documents* wohl meine ersten wissenschaftlichen Sporen verdient mit kleinen Beiträgen zu französischen Wahlen oder über französische Parteien. Es gab das OFAJE/ DFJW, es gab bei der Ebert- wie bei der Adenauer-



Stiftung feste Arbeitsgruppen zu Frankreich, es gab eine reiche wissenschaftliche Szene (z.B. Renata Fritsch-Bournazel, Ingo Kolboom, Christian Deubner, Gilbert Ziebura oder Sabine von Oppeln an der FU); es gab ein agiles Deutsch-Französisches Institut mit dem berühmten Robert Picht als Direktor, es gab Dutzende von frankophilen deutschen Journalisten (z.B. Robert Chimelli bei der SZ oder Klaus Harprecht bei der ZEIT); oder Autoren wie etwa Lothar Baier („Der französische Phallus“), die witzige Bücher über Frankreich und französische Politik schrieben und die einem – vom Baguette bis Foucault – liebevoll Land und Leute nahebrachten. Heute hat sich das im Wesentlichen auf Ulrich Wickert ausgedünnt. Es gibt natürlich auch heute noch andere, journalistische oder populärwissenschaftliche Bücher über Frankreich, über Macron oder Marine Le Pen, einige sind, nach einer längeren Flaute, rechtzeitig zu den Mai-Wahlen 2017 erschienen. Es gibt eine Forschungsstelle Frankreich an der DGAP mit Claire Demesmay. Es gibt die Bücher von Giles Kepel, der den Islam zum Forschungsgegenstand hat und durch den wir immer viel lernen können über Dschihadismus in Frankreich. Aber es gibt sie nicht mehr oder nicht mehr in der Form, die großen Stimmen der deutsch-französischen Beziehungen, wie Alfred Grosser damals eine war und noch ist.



Die deutsch-französische Familie in den 1980ern

Anders formuliert: in den 80er Jahren war Frankreich, vor allem Paris, noch ein Ort der *Neugierde*. Vielleicht nicht mehr, so wie noch zu Zeiten Sartres' oder Simone de Beauvoirs', Simone Signoret's, Françoise Sagans' und Serge Gainsbourghs', der europäische Lokus der Intellektualität & Kultur schlechthin. Aber ich erinnere mich wie heute, wie ein Kommilitone, der 1986 ebenfalls das DAAD-Stipendium hatte, das mir den Aufenthalt in Paris ermöglichte, es kaum erwarten konnte, an die Sorbonne zu eilen, in die Räume, in denen Foucault noch gelesen hatte. Grosser, Foucault, zu wem würden deutsche Studierende heute eilen? Zu Emmanuel Todd an das CNRS? Zu Thomas Piketty an die EHSS? Wen kennen Sie? Wen lesen Sie in Frankreich? Verfolgen Sie Zeitschriften wie *Débat*, *Commentaire* oder *Esprit*? Interessiert uns das französische Geistesleben noch?

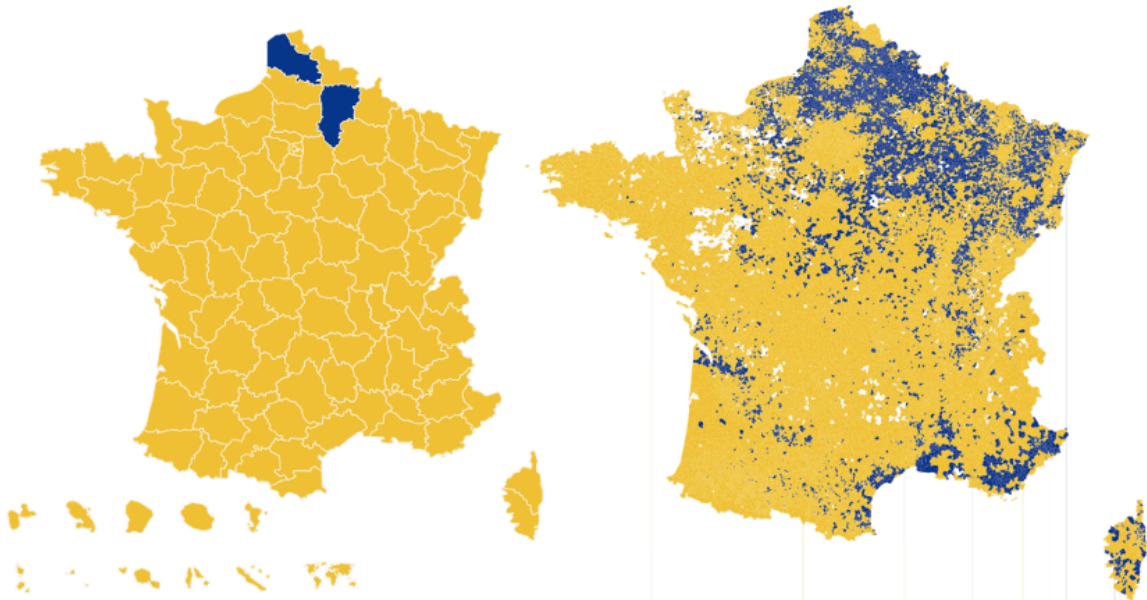
Jedenfalls scheint es nicht überzogen zu sagen (oder zu behaupten), dass Frankreich, dass Paris für Studierende heute kein Ort der intellektuellen Neugierde mehr ist. Das deutsch-französische ist zudem politisch ausgelutscht, Paris kein Faszinosum mehr. Das ist gut, weil durch diese Art der europäischen Normalisierung Paris eine Art beliebige europäische Stadt geworden ist – wie Hamburg, London, Wien, Barcelona oder Warschau – und es wahrscheinlich kaum noch einen Unterschied macht, in welche Stadt einen das Erasmus-Stipendium verschlägt. Doch es ist schlecht, weil – und das soll jetzt Gegenstand dieser Vorlesung werden – der deutsche Blick auf Frankreich getrübt ist. Weil das „Frankreich im Westen“ trotz aller vermeintlichen Vertrautheit wieder wie eine große Unbekannte auf der europäischen Landkarte erscheint, die zu vermessen, die zu erschließen & zu verstehen, sich in jüngerer Zeit kaum ein deutscher Wissenschaftler/-in aufgemacht hat. Anders formuliert: nicht nur ist Alfred Grosser als französischer ‚Deutschlanderklärer‘ in die Jahre

gekommen; schlimmer: es gibt keinen deutschen Grosser, keinen deutschen ‚Frankreicherklärer‘ mehr.

II. Der Zustand der deutsch-französischen Beziehungen

Und vielleicht hat uns das in jenen beklagenswerten Zustand geführt, in dem sich die deutsch-französischen Beziehungen heute befinden – und auf den hier näher einzugehen sein wird. Denn hätte es nicht ‚zufällig‘ diese Zuspitzung bei den Mai-Wahlen 2017 in Frankreich gegeben, zwischen Macron und Marine Le Pen, ich würde wetten, dass französische Landeskunde immer noch als nachrangig gelten würde. (Nur als Fußnote sei hier eingeschoben, dass mein Artikel im Leviathan 2/ 2015 über Marine Le Pen und die Metamorphose der französischen Republik³ im Jahr danach für den Thyssen-Wissenschaftspreis vorgeschlagen war, knapp den ersten Platz verfehlte, eben mit der Begründung, dies sei „nur Landeskunde“). Nun kann Landeskunde indes hilfreich sein, um die Länder zu kennen, die die deutschen Nachbarn sind. So aber war 2017 das deutsche Erschrecken groß: Der Front National, so eine starke Rechte Partei, woher kommt der auf einmal? Und doch war nichts daran überraschend.

Präsidentenwahlen 2017 – Macron vs. Le Pen



Man hätte die Gefahr, das Anwachsen des FN längst über die Jahre sehen, beobachten und beachten können. Schon seit spätestens 2012, und nicht erst wenige Wochen vor den französischen Wahlen. Z.B. wurden die klugen Bücher von Pascal Perrineau dazu nicht übersetzt. Man hätte sich dem Problem FN auch politisch von deutscher Seite schon in den Jahren davor zuwenden können, anstatt

den guten Freund Frankreich, den deutschen Tandem Partner, damit weitgehend alleine zu lassen. Stattdessen, ich durfte Zeitzeugin sein, gab es zum 50. Jahrestag des Elysée-Vertrags, am 22. Januar 2013, eine – sagen wir mal – *hohle* (um nicht *komödiantisch* sagen zu müssen) Jubiläumsfeier. Das gesamte französische Kabinett rauschte in die Philharmonie in Berlin und gleich wieder raus. Zwei Tage zuvor war beschlossen worden, dass die Bundeswehr den französischen Truppen, die gerade das Massaker im malischen Bamako verhinderten, leider keine Transall-Flugzeuge zur Verfügung stellen könne, um die Operation zu unterstützen. 80 *hanebüchene*, kleinstteilige Initiativen wurden in einer deutsch-französischen Erklärung beschlossen, von der Sie sicherlich nie gehört haben und das ist gut so, denn sie ist auch nicht der Rede wert.

Was während der Feierlichkeiten nicht angesprochen werden durfte – und auch nicht angesprochen wurde – war das Kernproblem der deutsch-französischen Beziehungen zu diesem Zeitpunkt: Die Tatsache, dass Frankreich spätestens seit jenem Spaziergang von Frau Merkel in Deauville im Oktober 2010 (es ging u.a. um die Sicherung der Spareinlagen bei Banken und um das zweite griechische Bailout) zu einem deutschen Pudel geworden war. Das war noch unter Sarkozy. Eine gemeinsame Bankeinlagenrettung wurde verworfen. Frankreich selbst wurden Einsparmaßnahmen von 3 Mrd aufgebürdet, die nur zeitlich von der europäischen Kommission etwas „gestreckt“ wurden (was wiederum von Deutschland als gönnerhaftes Zugeständnis gewertet wurde). Das einstige deutsch-französische Tandem war jetzt eins dieser Motorräder, an denen der Beifahrer im Soziussitz hängt: er kann nicht lenken, hat nichts zu sagen und muss dem Motorradfahrer voll vertrauen, dass dieser es gut mit ihm meint und auf ihn aufpasst. Es war der Beginn des Niedergangs des französischen Parteiensystems – *le „système UMPS“* – und der Beginn des Aufstiegs des FN, denn Frankreich hatte einen beträchtlichen Teil seiner wirtschaftspolitischen Autonomie verloren.

2012 war der farblose François Hollande, PS, gewählt worden mit dem Versprechen – und sicher zunächst auch der Absicht – gegen diese französische ‚Pudelrolle‘ aufzubegehren. Darauf wartete zu diesem Zeitpunkt, also 2012/ 2013, nicht nur ganz Frankreich, sondern eigentlich ganz



Südeuropa, das darauf hoffte, dass sich Frankreich im ersten Amtsjahr von Hollande souverän als Speerspitze einer *anderen* Politik in Europa durchsetzen, dass er es sich trauen würde. Er traute sich nicht. Dazu ist zu sagen, dass es – mechanisch gesehen – immer die französische Rolle im deutsch-französischen Tandem war, die Antipode zur deutschen Politik darzustellen. In den 60er Jahren sprach der berühmte Harvard-Professor Stanley Hofmann von der „Symmetrie der Asymmetrie“.

Einigen sich Deutschland und Frankreich, von sehr unterschiedlichen Standpunkten kommend, dann kann ein Deal entstehen, in den ganz Europa einschlagen kann. So wurden der Binnenmarkt und der Euro gemacht. Diese Mechanik kann ein Soziussitz indes nicht bieten.

Was wir heute also in dem Tauziehen zwischen Macron und Marine Le Pen erleben, ist – nicht nur, aber auch – eine indirekte Folge des Bruchs des deutsch-französischen Tandems, der Tatsache, dass sich Frankreich in ihm nicht mehr behaupten konnte, keine für seine sozio-ökonomischen und wirtschaftlich-pfadabhängigen Befindlichkeit wichtigen Dinge mehr durchsetzen konnte – und dass Deutschland eben nicht auf seinen Freund im Soziussitz aufgepasst oder sich um ihn gekümmert hätte. Fünf verlorene *Krisenjahre* sind eine Ewigkeit für ein geschundenes Land, das unter Hollande nicht nur seine Größe, sondern auch seine Selbstachtung eingebüßt hat. Keine Gesellschaft, geschweige denn ein politisches System überlebt dergleichen unbeschadet. Dazu kommt: Der ökonomische *Boom* Deutschlands – 2011 erreichten die deutschen Exporte nach China historische Höchstwerte – gepaart mit seinem politischen Bedeutungszuwachs ist der eigentliche Zerrspiegel, der Reflektor, vor dem sich der politische Zersetzungsprozess Frankreichs in der letzten Dekade vollzogen hat: Reformstau, wirtschaftliche Stagnation, Korruption, eine gescheiterte Integrationspolitik, Terror und leere Kassen – aus Frankreich kamen seit langem keine guten Nachrichten mehr. Wen wundert da noch, dass der FN wüten konnte?

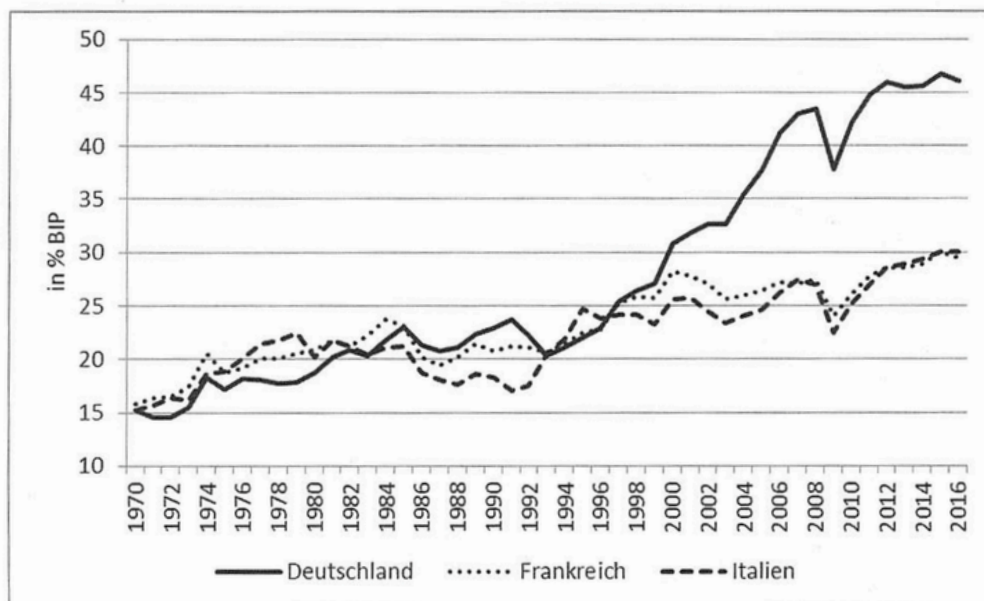
III. Das Wüten des Front National

Im Jahr 2011, vor den letzten Präsidentschaftswahlen, übernahm Marine Le Pen den Front National, schmiss den Vater und andere alte Haudegen und Holocaust-Leugner raus, entdämonisierte die Partei, machte sie – durch die Befürwortung von Abtreibung – attraktiv für junge Frauen, wo die anderen konservativen Parteien sich zierten, verjüngte das Personal, ließ ihre gutaussehende Nichte, Marion Maréchal Le Pen (*„la petite Marion“*) den französischen Süden erobern, öffnete die Partei für jüdische Wähler, die sich auch vor der Islamisierung fürchten. So konnte der FN zwischen 2012 und 2015, als Frankreich die schlimmste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit erlitt, insgesamt rund 15 Prozentpunkte hinzugewinnen. In diesem Zeitraum verlor Frankreich rund ½ Million Industriearbeitsplätze. Seit 2015 liegt der FN im Landesdurchschnitt bei satten 35% - ein Ergebnis, das sich die deutsche Volkspartei SPD z.B. nur wünschen kann – und in vielen, vielen



Landstrichen, vor allem in Nordfrankreich, weit darüber. Auch die in Deutschland nur der CSU vorbehaltenen 50%-Marke hat der FN in einigen Wahlkreisen immer wieder gerissen. Nur aufgrund des französischen Mehrheitswahlrechtes ist das Ausmaß des ‚FN-Befalls‘ Frankreichs politisch nicht sichtbar geworden, da die FN-Kandidaten durch das zweistufige Wahlverfahren im zweiten Wahlgang meist durch Bündnisse der anderen Parteien verhindert wurden, in dem sie auf eigene Kandidaten verzichteten und jeweils den Best-Plazierten aus ihren Reihen gemeinsam unterstützten. Das hingegen hinderte die deutsche Presse nicht, sich z.B. nach den französischen Regionalwahlen im Dezember 2016 schnell mit einem Seufzer wieder von Frankreich abzuwenden: Uff, der FN hat keine Mandate bekommen, ist wohl alles nicht so schlimm... Anders formuliert: der deutsche Blick auf das Frankreich im Westen stimmte nicht mehr oder war sehr oberflächlich geworden. Oder aber die alten Freunde waren so unterschiedlich geworden, dass sie sich nicht mehr verstanden? Nein, was *de facto* passiert ist, ist, dass eine von Deutschland induzierte Sparpolitik und Exportstrategie als ökonomisches Muster auf ein Land aufgepfropft wurde, das eine andere ökonomische DNS hatte – und Frankreich ist gleichsam mit dem neuen ‚ökonomischen Betriebssystem‘ nicht fertig geworden. Eine asymmetrisch erzwungene strukturelle Konvergenz hat Frankreich den Garaus gemacht. Im Detail ist der Siegeszug der pfadabhängigen deutschen Exportstrategie und ihre Auswirkungen auf den Süden Europas unter den Bedingungen der Euro-Governance, darunter Frankreich, bei Fritz Scharpf im letzten Heft des Leviathan.⁴ Profitiert hat allein der FN. An dieser Stelle sei nur kurz notiert, dass der europäische Süden seine „Exporthausaufgaben“ weitgehend gemacht, indes Deutschland sein Import-Gap indes nicht geschlossen hat.

Abbildung 4: Exportquoten Deutschlands, Frankreichs und Italiens, 1970-2016



Quelle: OECD National Accounts at a Glance.

Lange Jahre hat Marine Le Pen sich als wahre Verteidigerin der französischen *République* inszeniert. Republik – *res publica*, das Öffentliche, das Gemeinsame – steht für jenes WIR, das Macron jetzt mühsam zu mobilisieren versucht. Sprachanalysen von Wahlkampfreden zeigen, dass Marine Le Pen keine Rede ausgelassen hat, um die *République*, also das französische WIR, und ihre Schutzfunktion für die französischen Bürger zu thematisieren, während das sogenannte ‚*Systeme UMPS*‘ – die geschickte Zusammenziehung der Parteikürzel von der UMP (der Partei von Nicolas Sarkozy) und der PS (*Parti Socialiste*, der Partei von François Hollande) – die Anliegen und Interessen der Menschen verraten würde: die klassischen Parteien, so der Front National, sei in den Klauen der EU und der Finanzmärkte. Interessanterweise hat Marine Le Pen Deutschland nie kritisiert. Aber immer gesagt: „*L’Euro, c’est bien; mais c’est pour les Allemands. Nous, ils nous faut autre chose.*“ Die Deutschlandkritik – auch darauf wird zurückzukommen sein – sollte sich darum bei der Linken bündeln, bei französischen Intellektuellen wie etwa *Frédéric Lordon*, einer der Einflüsterer von Jean-Luc Mélançon. Wer seinen Blog⁵ liest, fragt sich in stillen Momenten, was aus 50 Jahren deutsch-französischer Freundschaft geworden ist. Vielleicht werden auch deswegen die Bücher von *Frédéric Lordon* – in Frankreich Bestseller – hier nicht einmal mehr bei Suhrkamp oder Merve gedruckt.

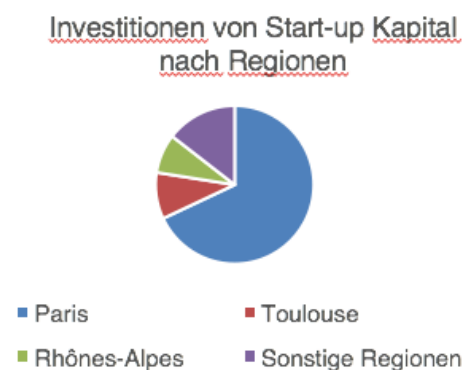
Zurück zum FN: Mit dem Begriff Republik konnte Marine Le Pen fast mythisch zentrale Erinnerungsorte der französischen Geschichte besetzen: die katholische *Jeanne d’Arc*, an deren Statue der Front National sich jährlich im Mai versammelt, steht ebenso für die Befreiung des französischen Volkes wie die soziale *Marianne* der Revolution. Marine Le Pen’s Ode an die Republik führte Premierminister Manuel Valls 2015 einmal dazu, in einer Sitzung der französischen Nationalversammlung entnervt auszurufen: „*Marine Le Pen, la République ne vous appartient pas.*“⁶ Vor diesem Hintergrund erstaunt weder, dass Nicolas Sarkozy seine Partei UMP 2015 eilig in *Les Républicains* umtaufte. Noch, dass Emmanuel Macron die Republik jetzt *en marche*, in Bewegung bringen will. Überall schrillten offensichtlich die Alarmglocken, dass vor lauter europäischer Spar-, Reform- und Modernisierungspolitik das Volk vergessen wurde, genauer, das französische WIR, die kleinen *citoyens*. Und zwar die französischen Arbeiter im politisch linken Spektrum, die der rasanten Desindustrialisierung der letzten Jahre zum Opfer gefallen sind; ebenso wie die Bauern, die kleinen Handwerker - *l’artisanat* - und die Händler auf dem Land, sprich: *la petite bourgeoisie*, das Kleinbürgertum.

Bei Pascal Perrineau, einem französischen Politikwissenschaftler, kann man das nachlesen – sofern man französische Bücher liest. Die sogenannten *Centres Peri-Urbains*, die kleinen Städte im französischen Niemandsland, wo die Industrie weg, es aber ansonsten nicht schön ist wie etwa in den touristischen Regionen im Süden, dort grassiert der Front National besonders stark. Aber auch in Alpes-Maritimes oder an der Côte d’Azur. Die französische Nation ist mithin zutiefst gespalten, in arm und reich, Pro-EU und liberale Reformen und solche, die das ablehnen, vor allem aber in Stadt und Land oder grob gesagt, in ‚Oben‘ und ‚Unten‘. Und da Frankreich im Vergleich zu Deutschland maximal zwei Ballungsgebiete kennt – Paris und den Großraum Lyon/ Rhône-Alpes – ist das eine tiefe Spaltung. Frankreich, in der Fläche größer als Deutschland, hat einfach nicht so viele ‚Leuchtturmstädte‘; maximal wären Bordeaux oder Marseille noch zu nennen. Nur in den Ballungsgebieten ist es gelungen, die Desindustrialisierung abzufangen und durch digital workplaces zu ersetzen.⁷

Didier Eribon beschreibt in seiner autobiographischen Darstellung *‚Retour à Reims‘* anschaulich, wie

Start-up-Nation Frankreich?

- Ca. 6000 digitalisierte Arbeitsplätze in Paris und Lyon
- Anstieg des „capital raised for start up“ in den letzten zwei Jahren um 46 %
- Frankreich und Deutschland liegen somit beim Start-up-Kapital gleich auf



Ernst & Young, *Numérique, La Course au recrutement. Observatoire de la filière numérique en Auvergne Rhône-Alpes*, 2è édition, 3.5.2017.

die von den Sozialisten und Kommunisten vergessenen französischen Arbeiter zum Front National geflüchtet sind, aus Schutzbedürfnis, Heimatgefühl und Demütigung in der französischen Gesellschaft: wer mag es ihnen verübeln? Wo der Stolz der Arbeiterklasse nicht mehr möglich war, musste er durch Nationalstolz ersetzt werden. Aber dass der FN inzwischen zur beliebtesten Partei französischer Arbeiter (der FN erzielt durchschnittlich über 30% bei französischen Arbeitern, in einigen Regionen über 50% Zustimmung) geworden ist, ist eben nicht alles: der FN vereint ihn mit dem Gemüsebauern der Garonne und anderen Modernisierungsverlierern, frustrierten Jugendlichen und Ressentiment-geladenem *old white trash*, wie es heute zynisch heißt.

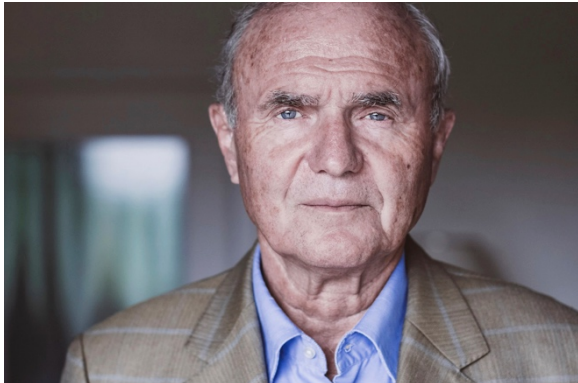
Also eigentlich alle, die nicht urban, mobil, flexibel, gebildet, digital und besserverdienend sind. Und das sind in Frankreich zu viele. Und das wiederum liegt nicht nur – so wie der deutsche Blick auf Frankreich es insinuiert – an der mangelnden Fähigkeit zu „Strukturreformen“, sondern zentral eher an zwei Dingen: an der territorialen Struktur Frankreichs und an seiner Demographie⁸ – zwei Aspekte indes, die beim deutschen Blick auf das Frankreich im Westen leider gar nicht vorkommen. Wenn in einer ländlichen Region die einzige Firma weit und breit – Whirlpool ist eine interessante *case study* – pleitegeht, dann ist ganz Frankreich im Ausnahmezustand, dann gibt es keine Ausweichjobs, keine Mediation, sondern nur noch Krawall und Aufbegehren. Und Zuwachsraten für den FN, über die man sich in Deutschland dann wundert.

IV. Europa zwischen Hoffnung und Trauma

Es gibt Themen, von denen kommt man nicht los. Die französische Linke, der PS (*Parti Socialiste*) und Europa ist so ein Thema, übrigens eins, das 1995 der Titel meiner Dissertation war. Beim heutigen Durchblättern ist das Thema so hochaktuell, als würde sich die Geschichte doch wiederholen. Als Titel hatte ich damals „Die PS und Europa“ gewählt, weil ich im Sommer 1983 als Au-Pair-Mädchen in Paris war und dann 1986 an Science Po, wie schon beschrieben, und zwischen den beiden Aufenthalten lagen Welten. 1983 gab es noch, Sie werden es kaum für möglich halten, Ausführbeschränkungen für Bargeld. Mehr als 1.000 Francs durfte man nicht über die Grenze nehmen. Nicht, dass ich damals so viel Geld gehabt hätte, aber diese Kapitalausfuhrbeschränkungen hingen damals über Frankreich in der Luft wie ein Damokles-Schwert. Mitterrand hatte 1981 die Wahlen mit einer ‚linken‘ Agenda gewonnen (Einführung der 35-Stunden Woche, 6 Wochen Urlaub, Erhöhung des SMIG, Abschaffung der Todesstrafe), dadurch den damals noch starken Kommunisten, dem PCF, das Wasser abgegraben. Aber ab 1982 zeichnete sich ab, dass er damit – zumal Thatcher und Reagan gerade eine ganz andere Wirtschaftspolitik machten – in Europa nicht durchkommen würde: ‚*Europe ou le socialisme dans un seul pays*,‘ lautete die politische Entscheidung. Ich erinnere mich, wie meine französische Gastfamilie jeden Abend darüber diskutierte, wann die Kapitalausfuhrbeschränkungen aufgehoben würden. Die Inflation stieg Tag für Tag, das bekam ich als Au-Pair mit, denn eine Dose Coca-Cola kostete rund 12,- Francs, also mehr als 4,- D-Mark damals. Im Oktober 1983 dann machte Mitterrand seinen berühmten U-Turn, beendete seine linke Agenda, versprach den *Franc Fort*, die Bindung an die D-Mark und eine *politique compétitive* und *déflationiste*. Als ich nach drei Jahren, 1986, wiederkam, kostete eine Dose Cola in Paris rund 4 Francs, umgerechnet etwas mehr als eine D-Mark, der Preis war also „normal“. Dieses „*changement*“

in nur drei Jahren, das wollte ich in meiner Dissertation beleuchten. Was war passiert in und mit einem Land, in dem binnen drei Jahre der Preis einer Cola-Dose um 8 Francs fällt?

Die politische Erzählung lautet: Der deutsch-französische Schulterchluss war gelungen. Frankreich

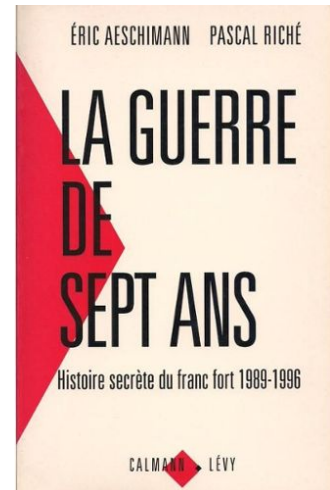


hatte seine „Hausaufgaben“ gemacht, Francs und D-Mark waren fest verkoppelt, Frankreich durfte sich darüber freuen, mit Deutschland gleich zu ziehen, anders formuliert: den Tempel der BuBa (Bundesbank) mit den damaligen Präsidenten Otmar Issing und Hans-Jürgen Tietmeyer über eine geplante Währungsunion zu erobern und mithin mit Deutschland paritätisch zu sein. Konsequenterweise war es Mitterrand, der 1986 darauf drang, die Einheitliche Europäische Akte zu verabschieden und sich auf den Weg nach Europa zu machen. Mitterrand wollte gleichsam den europäischen Lohn für seine innenpolitischen Mühen. Er „bekam“ ihn, 1992, mit dem Maastrichter Vertrag, in dem im Nachgang zur

Wiedervereinigung die Einführung des Euro 2002 beschlossen wurde. Deutschland europäische Einigung gehören zusammen, war damals das deutsche Paradigma. Deutschland wurde, was ökonomisch sehr vorteilhaft war, seine Ankerrolle im ESM los: der Euro war mithin nicht der Preis für die Wiedervereinigung!

Es sollte kurz daran erinnert werden, dass Frankreich seinen „Lohn“ wirklich verdienen musste. Etwa so, wie ein Wurstzipfel, der immer höher gehängt wird: beim Maastricht-Referendum 1992 gab es Spekulationen gegen den Francs, D/ BuBa intervenierte nicht; im Zuge der Wiedervereinigung steigen die Zinsen in Deutschland auf 12%; Frankreich zieht mit. Die franz. Wirtschaft, die keine 12% Zinsen brauchte, bekommt fast einen Infarkt; die Schulden – 1992 noch unter 60% - und das Defizit – 1992 noch unter 3% (darum die Maastricht-Kriterien, die Mitterrand ja selbst mit Blick auf seine eigene Volkswirtschaft „erfunden hat“) steigen jeweils rasant; der Schuldenstand steigt von 1992 bis 1994 auf rund 80%/ GDP, das Defizit auf über 6%/ GDP. Damit erfüllte Frankreich – wegen der deutschen Hochzinspolitik aufgrund der Wiedervereinigung – ab 1994 nicht mehr die Maastrichter Kriterien, und prompt wurde seine Teilnahme an der Währungsunion in Deutschland wieder in Frage gestellt. Anders formuliert: der franz. Weg in die Währungsunion war immer ein Spießrutenlaufen. Immer, wenn die eine „deutsche Hausaufgabe“ gemacht war, kam die nächste um die Ecke. Wer das im Detail nachlesen möchte, dem empfehle ich

das Buch des französischen Journalisten Pascal Riché von 1997, das nicht von ungefähr den Titel trägt: „*La guerre de sept ans. Histoire secrète du franc fort*“. Auch ein Buch, das besser einmal übersetzt worden wäre.

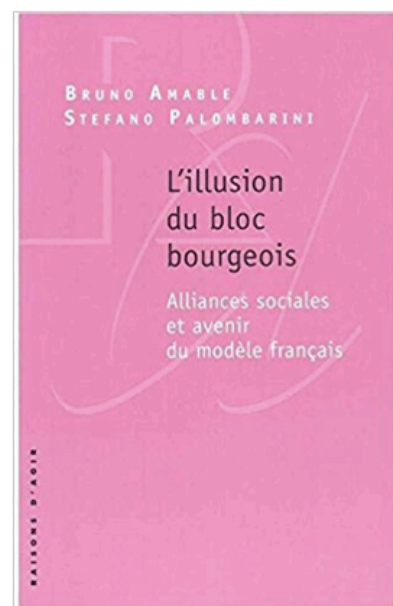
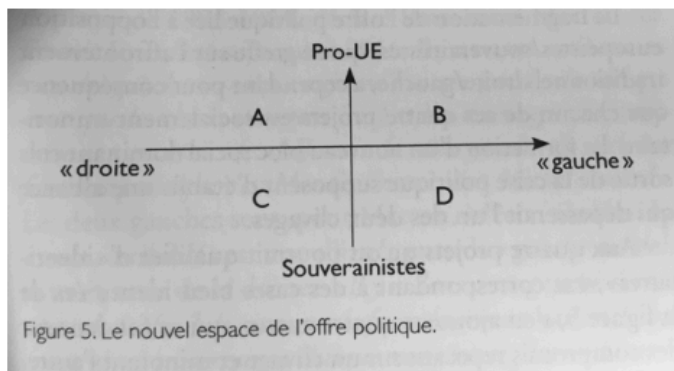


Man wird weit in die deutsch-französische Geschichte des 20. Jahrhunderts zurückgehen müssen – vermutlich bis in die sechziger Jahre, als sichtbar wurde, dass der Erbfeind und geschlagene Kriegsgegner mit seiner Wohlstandsgesellschaft Frankreich v.a. wirtschaftlich überholte – um auf der Amalgamierung der vielfältigen deutschen Schmähungen und Herabsetzungen Frankreichs, der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg und dem Geist der *Résistance* jenen Punkt zu finden, in dem das wirtschaftliche Gleichziehen mit Deutschland um jeden Preis zum übergeordneten Motiv der Mitterrand'schen Politik wurde, der in der Realisierung des Euro seine Materialisierung fand. Verstehen kann man diese – in der Retrospektive gescheiterte und vor allem für die franz. Linke quasi selbstmörderische Politik – nur, wenn man begreift, dass die Flucht nach Europa auf der französischen Linken als Nachhall der *Résistance* stets die Sublimierung anti-deutscher Einstellung war. Wenn Europa nicht mehr funktioniert, liegt das anti-deutsche Ressentiment in Frankreich in der Latenz. Das erklärt das heutige Gebaren und die Polemik von Jean-Luc Mélenchon, seinen links-Populismus und seinen unverhohlenen Deutschlandhass, der aber eigentlich nur die neue Personifizierung einer steten französischen Befindlichkeit auf der Linken, die z.B. auch schon in dem Buch von Jean-Pierre Chèvenement („*La France, est-elle-finit?*“) von 2012 zum Ausdruck gekommen ist – noch ein Buch, das besser mal ins Deutsche übersetzt worden wäre, um Frankreich zu verstehen. Macron scheint übrigens Mitterrand und die 80er/ 90er Jahre gut studiert zu haben: den Deutschen etwas geben, in Vorleistung treten und dann darauf warten, dass von Deutschland etwas kommt, das scheint ganz tagesaktuell das Muster in den deutsch-französischen Beziehungen zu sein: erst Liberalisierung des französischen Arbeitsmarktes, dann europäischer Deal? Die politische Frage ist indes, ob das Muster heute noch funktioniert: ob französisches Entgegenkommen bzw. Anstrengung heute noch „honoriert“ wird, in dem Deutschland seine mit der Währungsunion faktisch gegebenen Versprechungen einhält. Das wird das letzte Kapitel dieses Vortrags sein.

Doch bleiben wir zunächst noch einen Moment in den 80er bzw. 90er Jahren. Bruno Amable⁹ hat ein wunderbares Buch geschrieben über jene Zeit, in der der *Franc Fort* um jeden Preis nach Frankreich kam. Um jeden Preis. Und zwar unter dem Logo der „Modernisierung“. (*Vielleicht übersetzt der Suhrkamp Verlag dieses Buch jetzt, was sicherlich helfen würde, den deutschen Blick auf den französischen Nachbarn noch einmal um ein paar für deutsche Ohren unübliche Argumente bzw.*

selten beleuchtete Fakten zu bereichern). Anders formuliert: Bruno liefert die sozio-ökonomische Analyse, was auf Dauer in größerem Maßstab in Frankreich passiert ist durch den Preisverfall „meiner“ Cola-Dose. Das Buch trägt den Titel „L’Illusion du bloc Bourgeois“ und hat eine zentrale These: in Frankreich haben sich durch den Druck der Euro-induzierten Politik der gesellschaftlich bessergestellte Teil auf der Rechten wie auf der Linken unter dem Motto der „europäischen Modernisierung“ Frankreichs im *pas de deux* daran gemacht, Frankreich gleichsam mit Reformen umzupflügen (vor allem Sozialabbau in großem Stil: schon der Präsidentschaftswahlkampf 1995 (sic!) wurde mit dem Slogan um die „Fracture Sociale“ geführt, wobei sich die Eliten, meistens „ENArken“ auf der Linken wie auf der Rechten ihre eigene besserverdienende Klientel in den verschiedenen Strukturreformen beide recht gut zu schützen wussten (die PS z.B. die Kulturelite, der RPR/ die UMP die sogenannten „cadre“, also Industriearbeiter, deren boni, Privilegien oder Rentenbezüge nie direkt angegriffen wurden.)

L’Illusion du bloc bourgeois – Bruno Amable, Stefano Palombarini



Der sogenannte „Bloc Bourgeois“ hat über Europa dabei sowohl auf der Rechten wie auf der Linken seine soziale Basis verloren. Im Ergebnis spaltet daher heute die Frage der Positionierung zu Europa die beiden französischen Parteien bzw. die die französische Gesellschaft. Das erklärt Macrons’ *ni droite, ni gauche* – und es erklärt auch, warum er *mit* Europa den oberen Teil der französischen Gesellschaft rechts wie links gewinnen konnte, während der schlechter gestellte, untere Teil der französischen Gesellschaft rechts wie links ins sogenannte „souveränistische Lager“ (Chart) abgeglitten ist: auf der Linken zu Jean-Luc Mélenchon und auf der Rechten zu Marine le Pen – deren Positionen über den Euro und seine Gouvernante fast identisch sind.

Das französische Parteiensystem ist damit nicht mehr durch ein einfaches rechts/links-Schema konfiguriert, sondern durch eine doppelte Matrix aus ‚pro-EU‘ vs. souveränistisch, die das rechts/links Schema überlappt. Die reformorientierten, liberalen Kräfte beider Lager – rechts wie links – finden sich im ‚pro-EU‘-Lager wieder; die anti-liberalen-Kräfte – rechts wie links – im sogenannten souveränistischen Lager. Damit strukturiert die Positionierung zu Europa – genauer: die Positionierung zu einer wettbewerbsorientierten, liberalen Euro-Reformpolitik – das politische Kräftespiel in Frankreich, und nicht mehr der Gegensatz rechts/ links.

Der Clou von Amable’s Analyse ist die Zuordnung sozialer Wählerschichten: die oberen, also besser verdienenden Schichten von rechts wie links sind dem liberalen ‚pro-EU‘-Lager zuzuordnen. Die sozial schlechter gestellten Schichten – auf der Rechten, die Bauern, Handwerker und kleinen Geschäftsleute auf dem Land; auf der Linken die Arbeiter – dem ‚souveränistischen‘ Block. Jedes der beiden klassischen politischen Lager hat gleichsam die ihm zugehörigen unteren Schichten aufgeben, um eine liberale Euro-Politik verfolgen zu können. Die ausgewogene Mediation von Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und die Institutionalisierung von Konflikten ist der französischen Politik seit Jahrzehnten nicht mehr gelungen. Das Präsidialsystem in Frankreich zwingt obendrein zur Polarisierung, während das parlamentarische System Deutschlands ähnliche Effekte (bisher) durch große Koalitionen abfedern konnte.

Die pro-europäische Rechte in Frankreich, also die Partei von Nicolas Sarkozy, hat strukturell eine Politik für die Industrie und die gehobenen Führungskräfte, *les cadres*, gemacht, die mit Arbeitsmarktreformen und Wettbewerbselementen ganz gut leben konnten, während die soziale Basis der ehemals gaullistischen Partei, also die kleinen Handwerker und *petits commerçants* in der Fläche sich seit 2004 mit der europäischen Deregulierung, z.B. der Bolkesteinrichtlinie und der Freizügigkeit der osteuropäischen Wanderarbeiter abmühten. In Erinnerung bleiben die Plakate des Referendums über den europäischen Verfassungsvertrag von 2005, bei dem ‚*le plombier polonais*‘, der polnische Klempner, zum Totschlagargument in der ‚Nein‘-Kampagne avancierte. Seit jenem Datum ist Frankreich faktisch emotional aus Europa ausgestiegen, obgleich sich seine Eliten rechts wie links, aber mit zunehmenden Mühen, weiterhin der EU-Wirtschaftspolitik verpflichteten. Das ultra-liberale Wahlprogramm von Francois Fillon für die Präsidentschaftswahlen 2017 steht exemplarisch für eine französische Rechte, die sich von jedem Dirigismus und Staatsetatismus à la De Gaulle, der die traditionelle gaullistische Partei lange geprägt hat, verabschiedet hat, zu Lasten der eigenen Kleinwähler.

Es ist der zwar verzögerte, aber doch schrittweise Schwenk von national-sozial zu national-neo-liberal, der den Gaullisten das Genick gebrochen hat, um liberale Forderungen der CAC 40-Unternehmen zu bedienen,¹⁰ nachdem schon Mitte der Nullerjahre und in Reaktion auf die deutschen Harz-IV-Reformen mit dem aufsehenerregenden Bestseller von Nicolas Bavarez ‚*La France*

qui tombe“ von 2003¹¹ in Frankreich eine große Debatte über die Reformfähigkeit des Landes begonnen hatte. So sehr die kleinbürgerlichen Schichten die liberalen Ziele zum Beispiel mit Blick auf Steuersenkung teilen, so sehr wenden sie sich gegen europäische Arbeitsmarkt-Deregulierung, Wettbewerb und Statusverlust. Die Interessen ihrer verschiedenen elektoralen Zielgruppen kongruent zu bekommen, ist der moderaten französischen Rechten nicht mehr gelungen, die ‚unten‘ zu Scharen zum Front National wanderten. Am Ende stand auf Seiten der im Federstrich zu Republikanern umgetauften, ehemaligen Gaullisten der Verlust der sozialen Wählerbasis in der Fläche, auf dem französischen Land. Daran konnte auch Nicolas Sarkozy, als er noch glaube, als Kandidat in den 2017er-Wahlkampf zu ziehen, mit plakativen Sprüchen wie „*La France, qui se lève tôt*“, nichts mehr ändern. Die plötzliche Anbiederei an die unteren Schichten wurde ihm nicht mehr abgenommen.

Doch auch die moderate französische Linke, *la deuxième gauche*, wie sie in Frankreich heißt, habe, so Amable, analog zum Verlust der sozialen Basis auf der Rechten, ihrer eigenen Wählerbasis, den französischen Arbeitern, *Adieu* gesagt. Sie habe ihre Sympathisanten nunmehr nur noch unter den Staatsbediensteten und in der Kultur-Schickeria, in der ‚*France bobo*‘ – zu Deutsch: hipster – gesucht und ein werteprogessives Milieu begünstigt. Stellvertretend hierfür mag man an das Buch des derzeitigen jungen linken Star-Intellektuellen, Geoffroy de Lagasnerie, *L’Art de la Révolte*¹², denken, bei dem es um die Ästhetisierung des Widerstands von Edward Snowden, Julien Assange und Chelsea Manning geht, die liberale Freiheitsrechte im Cyberspace verteidigen, was indessen als emanzipatorisches Projekt wohl Lichtjahre von den Bedürfnissen entlassener französischer Industriearbeiter und der polit-ökonomischen Realität Frankreichs entfernt ist. Interessanterweise wurde ausgerechnet dieses Buch von Suhrkamp übersetzt.

Mit beißendem Zynismus beschreibt Amable, wie der *Parti Socialiste* unter Hollande sich in inoffiziellen Papieren ab ungefähr 2012 offiziell davon distanzierte, die französischen Arbeiter als Kernklientel zu begreifen, als die Parteistrategen diagnostizieren mussten, dass ihre klassischen Wählerschichten sich entweder in die Nicht-Wahl, die Stimmenthaltung oder gleich den FN geflüchtet hatten, und dies *ex cathedra* damit begründeten, der PS könne sich leider der tumben, national bornierten und teilweise werte-autoritäten Arbeiterschaft nicht mehr annehmen, da diese den liberal-europäischen Wertekanon der Partei nicht mehr vertreten würden. Die soziale Spaltung wurde in eine kulturelle umdefiniert. Zu betonen ist dabei, dass Langzeitanalysen der Voten der französischen Arbeiter sowie detaillierte Umfragen indes nahelegen, dass die französischen Arbeiter an sich nicht europafeindlich sind, aber die durch die EU induzierte Wettbewerbs- und Liberalisierungspolitik ablehnen, die die soziale Dimension objektiv vernachlässigt. Nicht Europa, sondern die als unsozial empfundenen liberalen EU-Politiken, bei deren Durchsetzung unter dem steten Topos der Modernisierung auf die legitimen Interessen ganzer Berufsgruppen in der

politischen Mediation keine Rücksicht genommen werden konnte, sind das französische Problem, und nicht nur auf der Linken. Sie haben das französische Parteiensystem gesprengt und letztlich beiden tragenden Parteien der V. Republik rechts wie links die soziale Basis weggenommen.

Das sozial obere ‚pro-EU‘-Lager – der ‚bourgeoise Block‘ – hat also keine soziale Basis und mithin strukturell auch keine Mehrheit für seine Politik. Anders formuliert: das französische Parteiensystem ist komplett blockiert. Macron steht dieser Analyse zufolge für den *Bloc bourgeois*, kann ohne soziale Basis indes nur scheitern. Seine von Marine Le Pen entlehene und für eine moderate Mitte gewendete Parole ‚*ni droite, ni gauche*‘ beruht auf der fragilen Unterstützung von 20% der besserverdienenden Franzosen. Macron konnte zwar die Präsidentschaftswahlen gewinnen, aber ob er erfolgreich regieren kann, ist die Frage – vor allem, wenn er von Deutschland keinen Handschlag bekommt.

V. Macron und der europäische Deal

Es war ein maßgeblich deutsch-französischer Moment zwischen De Gaulle und Adenauer, in dem 1957 aus den Römischen Verträgen der gemeinsame europäische Markt entstanden ist; es war ebenfalls ein maßgeblich deutsch-französischer Moment zwischen Mitterrand und Kohl, in dem 1992, mit verschiedenen Vorstufen, die gemeinsame europäische Währung in Maastricht entstanden ist. Was fehlt, ist der deutsch-französische Moment, durch den die gemeinsame europäische Demokratie entsteht. Macron scheint ihn jetzt bieten zu wollen.

Zentral in den beiden wichtigen Reden von Macron – am 7. September in Athen und am 25. September in der Sorbonne¹³ – ist, dass er die europäische Begrifflichkeit hinführt auf:

“We need to relaunch European democracy. Therefore we need a joint budget, a strong European Parliament and Minister of Finance for the Eurozone.”

Emmanuel Macron



„Souveraineté, unité, démocratie“. Das ist etwas ganz anderes als „intégration“. Macron unternimmt damit einen deutlichen Paradigmenwechsel, denn „souveraineté européen“ bedeutet in letzter Konsequenz die Durchbrechung einer nationalstaatlichen Logik im Bereich der Eurogovernance durch die drei Punkte: gemeinsames Budget, gemeinsamen Finanzminister, gemeinsames Parlament, das, mit vollem Initiativrecht ausgestattet, Budgethoheit erhalte. Das Projekt von Macron beinhaltet damit vor allem eine konsequente Parlamentarisierung des politischen Systems in Europas: ein Eurozonenparlament, und nicht „europäische Semester“ (also keine Kommissionsbeamten) würden dann über ein Eurozonenbudget entscheiden, das Macron ebenfalls fordert. Dies ist eine begründete Forderung, wenn uns an einer europäischen Demokratie gelegen ist. Die Vorschläge nehmen Teile eines französischen Vorschlags auf („*Traité sur la démocratisation de l'Europe*“), den ein französisches Autorenteam (Stéphanie Henette, Thomas Piketty und Antoine Vauchez) im Mai 2017 vorgelegt haben,¹⁴ und das zentral die Verbesserung der Input-Legitimität europäischer Entscheidungen hat.

Bisher – geschuldet natürlich den Koalitionsverhandlungen – blieb die deutsche Antwort aus. Ein paar Einzelstimmen gibt es: Anlässlich der Karlspreis-Konferenz 2017 in Aachen Ende Mai erwähnte der außenpolitische Sprecher der CDU-CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Röttgen, in seinem Impuls-Statement¹⁵ die Möglichkeit deutsch-französischer Staatsanleihen, was natürlich ein clandestiner Einstieg in Eurobonds wäre. Röttgen wiederholte seinen Vorschlag vor kurzem in der FAZ, er blieb jedoch bisher ohne Resonanz. Dabei wäre dies mit Macrons Ideen wohl kompatibel.

Macrons Ideen sind übrigens weder häretisch, noch neu. Sie standen 1994 im Schäuble-Lamers Papier, 2012 im 5-Präsidenten Bericht der EU zur GMEU und selbst Wolfgang Schäuble sprach 2012 in seiner Karlspreisrede von einem Eurozonenparlament und einem europäischen Finanzminister. Das Bekenntnis zur ‚politischen Union‘ war quasi ‚politische Stangenware‘ in Deutschland. Immer mehr aber geht Deutschland zum Maßanzug über, soll heißen: irgendetwas passt immer nicht, um endlich einzuschlagen, um Europa endlich zu vollenden, um dem Maastrichter Vertrag („*ever closer union*“) gerecht zu werden, oder: anders formuliert: um sein historisches Versprechen einzulösen, dass deutsche und europäische Einigung zusammengehören. Nach heutiger Betrachtung sieht es vielmehr danach aus, als hätte die Wiedervereinigung Europa für Deutschland eher überflüssig gemacht, Frankreich in Vergessenheit geraten lassen und als sei Deutschland, nachdem – wir haben die Zahlen von Fritz Scharpf gesehen – alle anderen ihre „Export-Hausaufgaben“



gemacht haben, selbst nicht bereit ist, eine symmetrische Anpassungsleistung an die Erforderlichkeiten der Eurozone zu erbringen. Und überdies sieht es so aus, als würde das viele in Deutschland nicht einmal stören. Die SPIEGEL-Titelbild vom 8. Mai („Teurer Freund“) mag dafür ein synonym sein: Europa wird, so könnte man sagen, Deutschland zu teuer, wobei vergessen wird, dass ohne Binnenmarkt und Euro, an denen die deutsche Wirtschaft überproportional profitiert hat, die wirtschaftlichen Erfolge der letzten Dekade nicht zustande gekommen wären.

VI. *The Price you pay* – oder: Latinität?

Ich will hier gar nicht apodiktisch sein und daher zum Schluss nur noch ein paar andere Bemerkungen machen: Wenn der deutsche Handschlag zu Europe mit Macron nicht stattfindet, dann wird eben etwas anderes stattfinden. Worum es mir geht ist, dass auch das andere, was dann kommt, einen Preis haben wird. Frankreich ist so, wie es ist, auf Dauer politisch nicht stabil. Das sollte die Kernaussage dieses Vortrags sein, in dem ich zu beschreiben versucht habe, dass das politische Parteiensystem implodiert ist und dass nach Macron nichts kommt, was einen optimistisch stimmen könnte. Eine zersplitterte Linke rüstet gegen Macron auf – auch wenn dieser die ersten Streikwellen noch ganz gut überlebt hat. Die französische Jugend ist nicht auf der Seite von Macron. Und der FN ist erst einmal von der Bildfläche verschwunden, aber nur um hinter den Kulissen die Strippen und Fäden für eine neubegründete konservative Rechte zu begründen. Hier stehen zur Fusion gleichsam bereit: die vielfältigen Strömungen, aus denen sich der FN heute zusammensetzt, eine erzkatholische Rechte um Christine Boutin und der rechte, neo-liberale Flügel um François Fillon von den *Républicain*. Rechtsintellektuelle in der Tradition von Charles Maurras, die den Nationalismus in Frankreich jenseits von Plattitüden konzeptionell wieder hoffähig machen, sind in Frankreich umtriebig; die französische Polizei ist lepenisiert, in seinem SPIEGEL-Interview von vor drei Wochen sprach Macron – nicht von ungefähr – von einem drohenden Bürgerkrieg. Mit Blick auf die französischen Vorstädte, die Integrationsprobleme, eine dort radikalisierte Jugend (Streiks, Unruhen, Autoverbrennungen) ist in Frankreich ein gesellschaftliche Unruhe in der Latenz, von der momentan auch die französische Literatur ein sprechender Ausdruck ist: Virginie Despentes gilt mit ihrer Romantrilogie „Subotex“ als Balsac des 21. Jahrhunderts. Darin beschreibt sie, wie schnell man in Frankreich sozial abrutschen kann – und es scheint viele Franzosen derzeit anzusprechen.

Strukturell, das hat schon René Remon, der große französische Politologe in den 70er Jahren analysiert, ist Frankreich strukturell zu 60% „rechts“ und zu 40% „links“. Die 60% fügen sich zusammen aus bonapartistischer (Napoléon bis De Gaulle), legitimistischer (die „Souveränisten“ sowie ein Teil des FN) und liberaler/ orléanistischer Rechten. Sollte dies eine französische Langzeitströmung sein, ein Phänomen von „*deep society*“, dann mag man sich fragen, wohin Macron mit seinen real 20% Stimmenanteil an der Gesamtbevölkerung hinwill – und wohin er überhaupt kann.

Eine europäische Einbettung könnte Frankreich stabilisieren, wie überhaupt ganz Südeuropa. Nicht umsonst sind gerade derzeit wieder Bücher und Spekulationen über die französische *Latinité*



hoch im Kurs (Lepenies: Die Macht am Mittelmeer), durchforsten die Kulturwissenschaftler die südeuropäische, lateinische, katholische Versuchung Frankreichs, erlebt der De Gaulle-Berater Alexandre Kojève, der schon in den 1940-Jahren ein „Latin-Empire“ gegen Deutschland errichten wollen, eine zweite Blüte in der Rezeption seiner Schriften und erzählen uns Demographen, wie Emmanuel Todd, dass aufgrund von Erbrecht (gleiche Erbfolge in Frankreich/ ältester Sohn in Deutschland) und Geburtenzahl (2,4 Kinder/ Frau; 1,2 in Deutschland) die beiden Länder wirtschaftlich und soziostrukturell einfach nicht zusammenpassen.

In der Quintessenz heißt das, dass es möglicherweise historische Tiefenströmungen der *long durée* gibt, die dafür sorgen könnten, dass sich Deutschland und Frankreich auseinanderbewegen, wenn beide sich nicht in Bälde in eine neue Form der institutionellen Verknüpfung begeben, die dann wieder eine neue historische Wirkungsmächtigkeit hervorbringt: sprich, in eine europäische Demokratie, die die gesellschaftliche Konvergenz aktiv befördert. Pierre Rosanvallon hat für die letzten Jahrhunderte plausibel durchforscht, dass z.B. Wahlrechtsgleichheit ein entscheidender Faktor für die Formung von politischen Körpern ist. Die Vorschläge von Macron mit Blick auf ein Eurozonenparlament würden perspektivisch so eine Wahlrechtsgleichheit bieten. Wie alles, profan gesagt, muss man auch Europa üben und die Umstände dafür schaffen.

Darum möchte ich schließen mit einem Zitat des französischen Philosophen Alain Badiou – und – sollte es während dieser Gastprofessur Gelegenheit für einen Dialog mit Alfred Grosser geben – würde mich sehr interessieren, wie Alfred Grosser auf dieses Zitat reagieren würde:

„Was ich mir wünsche, ist die Fusion von Frankreich und Deutschland. Ein einziges Land, ein einzelner föderaler Staat, zwei herrschende Sprachen, das wäre vollkommen möglich. Frankreich ist ein zu altes Land, erdrückt von seiner Geschichte, so verwelkt wie präventiv, ohne Grund dazu zu haben. Und Deutschland ist ein Land voller Ungewissheiten. Es weiß nicht, was es ist, sucht sich verzweifelt, und das seit jeher. Wenn wir Deutschland und Frankreich zusammenführen, werden wir dem alten Frankreich ein Ende machen, und wir werden Deutschland eine wahre Jugend geben.“

Ein solcher Staat, gedacht als Verschmelzung von zwei Antipoden im Sinne der klassischen Mechanik und Dynamik des deutsch-französischen Tandems wäre sicherlich ein schönes, großes und mächtiges Einfallstor für ein demokratisches und soziales Europa, in dem wir uns wohler fühlen als in demjenigen, in dem wir heute leben!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

¹ Georg Blume „Der Frankreich-Blues - Wie Deutschland eine wichtige Freundschaft riskiert“, Edition Körber 2017

² Die Infragestellungen auf deutscher wie auf französischer Seite beginnen erst in jüngerer Zeit, vgl. dazu die Biographie von Hans-Peter Schwarz über Helmut Kohl.

³ Ulrike Guérot (2015): *Marine Le Pen und die Metamorphose der französischen Republik*, in: *Leviathan* 2015/ Heft 2, S. 177-312

⁴ Fritz Scharpf: *Von asymmetrischer Euro-Governance zur Transferunion*, in *Leviathan*, 2017/ Heft 3

⁵ <https://blog.mondediplo.net/-La-pompe-a-phynance->

⁶ Vgl. Guérot (2015): S. 179ff.

⁷ Dazu Ulrike Guérot (2017): *Was ist los mit Frankreich? Von politischer Zersetzung zu sozialer Rekonstruktion. Ein Essay*, in: Guérot/ Donat (Ed.): *Was ist los in Frankreich? Von politischer Zersetzung zu sozialer Rekonstruktion*, S. 25-62, S. 38

⁸ Vgl. Guillaume Duval, *Frankreich ist nicht der kranke Mann Europas*, in: ebd., S. 127-143

⁹ Bruno Amable & Stefano Palombarini: *L'illusion du Bloc bourgeois. Alliances sociales et avenir du modèle français*, Paris 2017, vor allem S. 85 ff.

¹⁰ Dazu ausf. Philippe Manière (2012), *Le Pays où la vie est plus dure*, Paris: Grasset, S. 83. Zur problematischen Traditionslinie des französischen Liberalismus vgl. auch Guérot (2015), S. 197 ff und Christian Schubert, *Der neue französische Traum. Wie unser Nachbar seinen Niedergang stoppen will*, Frankfurter Allgemeine Buch, 2017, S. 177 ff.

¹¹ Nicolas Bavarez „*La France qui tombe*“, Paris 2003

¹² Geoffroy de Lagasnerie, *L'Art de la Révolte*, Paris 2014

¹³ Rede Athen: <https://de.ambafrance.org/Staatsprasident-Macron-in-Athen-Vorschlaege-fur-eine-Neugrundung-Europas> und Rede Sorbonne: <http://www.elysee.fr/declarations/article/initiative-pour-l-europe-discours-d-emmanuel-macron-pour-une-europe-souveraine-unie-democratique/>

¹⁴ Stéphanie Henneute, Thomas Piketty, Guillaume Sacriste & Antoine Vauchez : *Pour un Traité de démocratisation de l'Europe*, Paris: Editions Seuil 2017

¹⁵ *Schmerzhaftes Kursbestimmung für die EU. Verleihung des Internationalen Karlspreises an Timothy Garton Ash*, hrsg. von Olaf Müller und Bernd Vincken, Aachen: einhard 2017, S. 129 ff.